

alexandra bleyer

kontinentalsperre

propaganda

handelskrieg autokrat

völkerschlacht bei leipzig

kunstraub

st. helena weltherrschaft

code civil



bonaparte

napoleon*

nation in waffen

ruslandfeldzug

marie louise

wiener kongress

französische revolution

napoleon-komplex

universalmonarchie 100 tage

kaiser der franzosen

revolutionskriege



R E C L A M

gemeinsamen Befreiungskrieg aufgerufen. Doch nur in Tirol, das zu Bayern gehörte, kam es zu einem vom Wiener Hof ausgelösten Volksaufstand.

Im April stießen die Österreicher nach Bayern vor, aber Napoleon traf blitzartig am Kriegsschauplatz ein, zwang die Gegner zum Rückzug und besetzte bereits Mitte Mai Wien; nach den Schlachten von Aspern und Wagram wurde am 12. Juli Waffenstillstand geschlossen. Noch riss seine Siegesserie nicht ab. Österreich musste im Frieden von Schönbrunn – wo nach der Besetzung Wiens übrigens Napoleon und nicht Kaiser Franz II./I. residierte – weitere Gebiete abtreten, unter anderem Oberkärnten, was den Grenzstein in Ebene Reichenau erklärt. Aber Europa kam nicht zur Ruhe. Der Krieg in Spanien währte fort, und 1810 kündigte sich die Konfrontation mit Russland an.



Herr in seinem Reich

Napoleon war in erster Linie General, und angesichts berühmter Schlachten gerät seine staatsmännische Seite manchmal in den Hintergrund. Seine Leistungen auf dem Gebiet der Verwaltung und Gesetzgebung sind jedoch nicht zu verachten; viele Reformen und Maßnahmen überdauerten seine Herrschaft und förderten europaweit die Entwicklung hin zum modernen Staat und zur bürgerlichen Gesellschaft. Als er mittels Staatstreich an die Macht kam, trat er ein schwieriges Erbe an. Freilich übertrieben die Verschwörer und Parteigänger Napoleons die Schwächen des Direktoriums auch, um ihn als umso glänzenderen Retter Frankreichs präsentieren zu können.

Vor welchen Herausforderungen stand er als Konsul? Was wünschten sich die Franzosen vom neuen starken Mann? Frieden, Ordnung, Stabilität. Vor allem wollten sie keine weitere Revolution, kein ständig herabsausendes Fallbeil der Guillotine und bitte keine Regierungsexperimente mehr. Nach all der Gewalt und den Umstürzen sehnte man sich nach Ruhe und Sicherheit. Napoleon erklärte mit der neuen Verfassung von 1799 die Revolution für beendet. Nun musste er seinen Worten Taten folgen lassen, wollte er verhindern, dass auch seine Herrschaft nur eine Episode blieb. Er, der als Hoffnungsträger an die Macht gekommen war, musste nun »liefern«.

Und das tat er. Er beendete 1801 den Zweiten Koalitionskrieg, und bald darauf gelang der Friedensschluss mit Großbritannien, sodass er sich als Friedensbringer feiern lassen konnte. Innenpolitisch ging er seine Aufgaben so zielstrebig an, wie man es sich von einem General in der Schlacht erwartet. Mit erstaunlichem Geschick hat er »Frankreich aus dem Chaos nach der Revolution herausmanövriert« (Munro Price). Die Verwaltung und das Steuerwesen wurden zentralisiert. Es gelang seiner Regierung, die vom Direktorium hinterlassenen Schulden abzubauen und schon 1802 einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen. Durch Annexionen dehnte sich Frankreich immer weiter aus, wobei die hinzugewonnenen Gebiete als neue Departements in den Staat eingegliedert wurden.

Besonders stolz war Napoleon auf seine Leistung als Gesetzgeber. 1804 führte er den *Code civil* ein, auch *Code Napoleon* genannt. Dieses Bürgerliche Gesetzbuch schrieb unter anderem die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, die Trennung von Kirche und Staat,

religiöse Toleranz, den Schutz des Eigentums und die freie Berufswahl fest. Der *Code civil* vereinheitlichte die Rechtsprechung im stark vergrößerten Frankreich und wurde – teils abgewandelt – auch von anderen Ländern übernommen; noch lange nach Napoleons Tod stand sein Werk anderen Gesetzbüchern und Verfassungen Modell.

Die größte Herausforderung für Napoleon war, nach den Wirren der Revolution und den Machtkämpfen zwischen den verschiedenen Fraktionen die zerrissene Nation so weit wie möglich zu einen. Sein Prinzip war einfach: Willkommen war, wer ihn und seine Regeln anerkannte. Zahlreichen Emigranten ermöglichte Napoleon die Rückkehr nach Frankreich, den Bürgerkrieg in der westfranzösischen Küstenregion Vendée konnte er beenden. Ein wichtiger Schritt zum Konfliktabbau war das 1801 geschlossene Konkordat mit dem Papst, das nach der kirchenfeindlichen Politik der Revolution Kleriker und Gläubige mit dem neuen Regime versöhnen sollte. Allerdings wurden die enteigneten Kirchengüter nicht zurückgegeben, doch der Staat kam weiterhin für die Besoldung der Geistlichen auf.

Wer sich gegen Napoleon stellte, hatte hingegen nichts zu lachen. Er, der sich durch einen Staatsstreich an die Macht geputscht hatte, wollte keinesfalls selbst Opfer eines solchen werden. Ein Dorn im Auge waren ihm die Royalisten, die die Bourbonen wieder auf den Thron bringen wollten, sowie die Jakobiner. »Wie alle Autokraten duldet auch Napoleon keine organisierte Opposition«, betont Volker Ullrich. Tatkräftig unterstützt von Polizeiminister Joseph Fouché rückte er seinen innenpolitischen Feinden mit den typischen Methoden eines Polizeistaates zu Leibe: Die Medien wurden streng kontrolliert, Freund und Feind bespitzelt sowie politische Gegner verhaftet – egal, ob sie etwas verbrochen hatten oder nicht. So nahm Napoleon 1800 ein gescheitertes Attentat der Royalisten zum Anlass, um die Jakobiner der Tat zu beschuldigen (sie erschienen ihm weit gefährlicher als die Anhänger der bourbonischen Königsfamilie) und viele von ihnen hinrichten oder deportieren zu lassen.

Napoleon stützte sich nicht auf die Massen, sondern auf die Ober- und Mittelschicht, die Notabeln, die zudem über das passive Wahlrecht verfügten und (begrenzt) an der Politik mitwirken durften. Er verachtete den »Pöbel« und dachte mit Schrecken an die blutigen Ausschreitungen der Revolution zurück. Nur zu gut wusste er, dass vor allem Hunger zu Aufständen führte; bittere Not macht wütend. Daher bemühte er sich darum, die Getreide- und Mehlpreise zu stabilisieren.

»Das Volk wird der Regierung nur vertrauen, wenn es ihm gut geht.« Ein kluger Satz, den sich Politiker der Gegenwart ebenso ins Stammbuch schreiben können – der übrigens nicht von Napoleon stammt. Nein, zu dieser wichtigen Erkenntnis kam François de Neufchâteau, Ende der 1790er Jahre kurzfristig französischer Innenminister und Direktor. Die Regierung vor Napoleon hatte nämlich keineswegs so furchtbar schlechte Arbeit

geleistet, wie es er und seine Anhänger behaupteten. »In vielen Punkten wies die Politik des Direktoriums schon voraus auf die zukünftige Politik des Konsulats«, hat der französische Historiker Jean Tulard herausgefunden.

Beispielsweise wurde die Wirtschaft schon vor der napoleonischen Handelssperre durch vorteilhafte Handelsverträge gefördert und man versuchte, englische Konkurrenz durch Zölle auszuschließen. Napoleons Wirtschaftspolitik zielte dann darauf ab, dass es den Franzosen, deren Kaiser er war, gut ging. Das war neben den Siegen über äußere Feinde die Garantie für seine Herrschaft. Investitionen sollten die Wirtschaft ankurbeln und die Arbeitslosigkeit reduzieren, Industrie und Handel wurden gefördert. Zugleich galt es, die zu allen Zeiten unbeliebten Steuern gering zu halten und die horrenden Kosten für die Kriege auf Verlierer wie Verbündete abzuwälzen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass Regierungen die Wirtschaft in ihrem jeweiligen Land stärken und bei Handelsverträgen mit anderen Staaten darauf achten, vorteilhafte Bedingungen zu erreichen. Im Zeitalter des Barock vom 16. bis zum 18. Jahrhundert griff der Staat zunehmend in die Wirtschaft ein und versuchte, diese von oben zu lenken, wobei der sogenannte Merkantilismus als wirtschaftspolitische Lehre an Gewicht gewann. Eine positive Handelsbilanz – der Wert der Warenexporte eines Staates sollte jenen der Warenimporte übersteigen – sowie der Schutz der eigenen Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz stellen dessen Kernelemente dar; vom Protektionismus bis zum Handelskrieg war es also nicht weit.

Merkantilismus (von lat. *mercari* – Handel treiben bzw. frz. *mercantile* – kaufmännisch) dient als Oberbegriff für wirtschaftspolitische Lehren und Maßnahmen, die eng mit der Staatsform des Absolutismus (ca. 1650–1790) verknüpft sind. Wirtschaftsgeschichtlich handelt es sich beim Merkantilismus um eine Periode des Frühkapitalismus. Politische Maßnahmen sollten die Staatseinnahmen erhöhen, um den steigenden Geldbedarf für Heer und Kriege, Verwaltung und prunkvolle Repräsentation decken zu können.

Es gab in Europa unterschiedliche Varianten des Merkantilismus; in Frankreich war Jean-Baptiste Colbert, der Finanzminister des Sonnenkönigs Ludwig XIV., eine prägende Gestalt (»Colbertismus«). Unter anderem sollten hier Mustermanufakturen, eine Ostindienkompanie für den Handel mit Asien und die Abschaffung von Binnenzöllen die Produktion, Beschäftigung und Steuerleistung erhöhen. Ein zentrales Element war der Außenhandel. Man wollte viel exportieren und nur das Nötigste importieren, Rohstoffe einführen und

hochwertige Güter ins Ausland liefern. Eigene Produkte wurden subventioniert, Schutzzölle sollten auswärtige Konkurrenz fernhalten.

Weltweit ging man von einer gleichbleibenden Wertsumme aus, d. h., man glaubte, im Wettbewerb mit konkurrierenden Staaten in einem »Nullsummenspiel« den eigenen Reichtum nur auf Kosten anderer steigern zu können. Dem englischen Ökonomen Thomas Mun wird der Grundsatz zugeschrieben: »Der Verlust des einen ist der Gewinn des anderen«. Die Auswirkungen des Merkantilismus werden als eher negativ beurteilt.

Dank Donald Trump sind gar keine weiteren ausschweifenden Erläuterungen dazu nötig. Er erklärte seinen Anhängern und der ganzen Welt in charakteristisch einfachen Worten: Defizite seien schlecht, schuld daran seien alle anderen. Für ihn gilt bekanntlich: *America first!* Er zog deshalb aus, um unter anderem China, die EU und Kanada mit Schutzzöllen das Fürchten zu lehren und sie dazu zu zwingen, für die USA günstigere Handelsverträge abzuschließen. Zu seiner Verwunderung reagieren andere Staaten jedoch mit Gegenmaßnahmen; Auge um Auge, Zoll um Zoll. *We can also do stupid*, dumm können wir auch, bekräftigte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Laut dem chinesischen Handelsministerium hat Trump den »größten Handelskrieg in der Geschichte« losgetreten. Über Größe lässt sich streiten.

Es ist sinnvoll, in Handelsbeziehungen Fairness einzufordern, sodass beide Seiten profitieren können, doch sollte man angemessene Mittel einsetzen. Eskalierende Wirtschaftskriege erweisen sich in den meisten Fällen als zu kurz gedacht und kontraproduktiv. Unterm Strich bleiben, sofern man etwas weiter in die Zukunft und über den nationalen Tellerrand hinausblickt, nur Verlierer. »Handelskriege sind gut und leicht zu gewinnen«, twitterte Trump am 2. März 2018 optimistisch. Die Geschichte liefert eine klare Antwort: Irrtum! Handelskriege bergen Sprengstoff in sich. Immer neue Maßnahmen treiben eine Spirale der Gewalt an, auf beiden Seiten erhitzen sich die Gemüter – so auch im Europa des 19. Jahrhunderts.

Den Krieg mit Großbritannien führte Napoleon von Anfang an auch als Wirtschaftskrieg weiter. London und Paris versuchten durch gegenseitige Blockaden, die Handelswege des Feindes zu behindern und ihm so wirtschaftlich zu schaden. Ein vorläufiger Höhepunkt im Handelskrieg wurde durch die von Napoleon im Dezember 1806 in Berlin verkündete Kontinentalsperre erreicht: Britischen Waren sollte der Zugang zum europäischen Festland möglichst vollständig versperrt werden, womit der Kaiser der Franzosen den Lebensnerv der See- und Handelsmacht treffen wollte. So einfach wie es